

Arbeiten an Zürichs Grenzen : das Modell Agenda Wachstum+

Autor(en): **Eisinger, Angelus / Späth, Witali**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Collage : Zeitschrift für Raumentwicklung = périodique du développement territorial = periodico di sviluppo territoriale**

Band (Jahr): - **(2020)**

Heft 4

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-956833>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Arbeiten an Zürichs Grenzen

Das Modell Agenda Wachstum+

ANGELUS EISINGER

Dr. habil., Direktor der RZU,
angelus.eisinger@rzu.ch

WITALI SPÄTH

MSc Urban Design, Projektleiter
bei der RZU, witali.spaeth@rzu.ch

Die Stadt Zürich wächst und noch viel stärker die angrenzenden Gemeinden und Städte. Dies bringt Herausforderungen mit sich, die nur gemeinsam und mit einem funktionalräumlichen Verständnis bewältigt werden können. Mithilfe des vom Planungsdachverband Region Zürich und Umgebung (RZU) durchgeführten Dialogprozesses «Agenda Wachstum+» rückten die Grenzräume zwischen Zürich und neun Umlandgemeinden in den Mittelpunkt. Die identifizierten Aufgabenstellungen werden nun in vielfältigen Kooperationen angegangen.

Zürich boomt: 2020 leben dort 22%, also beinahe 80'000 mehr Menschen als noch 1990. Dieses Wachstum stellt die Stadt räumlich und funktional vor ganz neue Herausforderungen. Ihre weitere Entwicklung hängt mehr und mehr auch von den Bedingungen des Funktionalraums und somit von ihren umliegenden Gemeinden ab. Dabei ist es nicht nur die Stadt, die über die letzten Jahrzehnte stark gewachsen ist, das Bevölkerungswachstum der angrenzenden Gemeinden war fast doppelt so hoch (40%). Wie lassen sich die damit verbundenen Wachstumsthemen funktionalräumlich bearbeiten?

Die Dringlichkeit einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit war in der Stadt Zürich schon lange erkannt worden. Ein Beleg dafür bildete die Initiative «Allianzen schaffen – Politik über die Grenzen hinaus», die zwischen 2006 und 2010 einen von vier Legislaturschwerpunkten darstellte, ohne dass allerdings entscheidende Impulse daraus entstanden wären. Das Thema blieb weiterhin politisch virulent. Auf Antrag der Stadt Zürich wurde schliesslich die RZU Ende 2016 von ihrem Vorstand damit beauftragt, einen «Dialogprozess zur Entwicklung der Wachstumsräume zwischen der Stadt Zürich und ihren Nachbarstädten und -gemeinden» zu lancieren.

Das Grundverständnis

Das starke Wachstum von Stadt und Umlandgemeinden wurde für das Prozessdesign als Anlass und Chance für thematisch triftige Kooperationen begriffen. Ausgangspunkt waren die unterschiedlichen Realitäten diesseits und jenseits der Stadtgrenze: Diese markiert nämlich nicht nur den Übergang von der grössten Schweizer Stadt zu den bevölkerungs- und flächenmässig deutlich kleineren Nachbarn. Sie bildet auch eine Systemgrenze: politisch, verwaltungstechnisch, in den Mobilitätsmustern wie auch bezüglich Demografie und der Zusammensetzung der Bevölkerung.

Das Prozessdesign der RZU ging von vier Thesen aus, die den von Stadt und Umland geteilten Funktionalraum aus vier sich ergänzenden Perspektiven beschreiben und die Bedingungen des Arbeitens definieren:

- Die erste These besagt, dass die Stadt Zürich und die angrenzenden Gemeinden bzw. Städte Grenzen gedanklich überschreiten müssen, um die ihnen durch ihr eigenes Wachstum gestellten Fragen zu bewältigen.
- Über die Grenzen hinweg denken, so die zweite These, heisst sowohl grenzüberschreitende Problemlagen als auch Verwandtschaft-

ten zwischen Teilräumen diesseits und jenseits der Grenzen zu erkennen.

— Die These 3 thematisiert explizit die politische Geografie als konstitutives Element: Politische Grenzen bilden immer auch Grenzen von Entscheidungssystemen, die schwer zu überwinden sind. Für alle Involvierten, tragfähige Lösungsvorschläge entstehen nur, wenn sie damit einen konstruktiven Umgang finden.

— In der vierten These werden die Bedingungen reflektiert, aus denen problemgerechte gemeinsame Positionen entstehen können: Ausgangspunkt sind die verschiedenen (kommunalen) Haltungen, die es auf dem Wege zu kooperativen Lösungen aufeinander abzustimmen gilt. Die sich daraus bildende Agenda des Funktionalraums wird sich aber nie vollständig mit der Agenda der involvierten Städte und Gemeinden decken. Das bedingt Flexibilität: Eigene Zielsetzungen können nicht zu generellen (funktionalräumlichen) Referenzwerten werden. Sie können jedoch Orientierungspunkte in der Diskussion bilden, die für den Funktionalraum zu neuen Standards führen können.

Funktionalräumliche Leitbilder vs. To-do-orientiertes Arbeiten

Funktionalräumliche Planung erfolgt üblicherweise anhand von Leitbild-Prozessen, in denen oft über Wettbewerbe oder Testplanungen Masterpläne erarbeitet werden, um ein Zielbild und grundlegende Prinzipien für eine Weiterentwicklung des Gesamtraums zu etablieren (vgl. R. Scherer in COLLAGE 3/20). Die von der RZU konzipierte Agenda Wachstum+ hingegen identifizierte die Handlungsräume und Themenstellungen an der Stadtzürcher Grenze in einem dreistufigen Verfahren bottom-up. Dazu wurden zwischen der Stadt Zürich und neun Nachbargemeinden gemeinsam geteilte «Fokusräume» definiert und in einem ersten Schritt über Interviews mit den jeweiligen Gemeindeverantwortlichen die Themen und Herausforderungen erhoben, die sich aus der Gemeindeentwicklung und gegenüber dem Nachbarn ergeben. Die beiden kommunalen Entwicklungsvorstellungen in einem Fokusräum wurden von der RZU zu einem Vorschlag für eine gemeinsame Auslegeordnung verknüpft und an einer von ihr moderierten Sitzung mit beiden Gemeinden diskutiert. Es wurden zudem Themen ergänzt, die sich erst aus der Zusammenschau heraus ergaben. Schliesslich wurden die Ergebnisse der verschiedenen Fokusräume zu einer Gesamtperspektive verbunden.

Der Prozess schuf zwei verbundene Produkte – eine Karte und eine To-do-Liste: In der Karte wurden die «To-dos» verortet und ihrem Schwerpunkt nach der Siedlungs-, Verkehrs- und der Landschaftsentwicklung (rot, gelb, grün) zugeordnet [ABB. 2]. Neben der Darstellung der einzelnen Ergebnisse, brachte die Kartierung auch die verwandten Herausforderungen verschiedener Fokusräume zum Vorschein. Das zweite Produkt bildet eine Liste aller 45 To-dos (inkl. jener ohne Verortung) – also alle grenzüberschreitend verstandenen Aufgaben, welche mit den Prozessbeteiligten präzisiert, priorisiert und operationalisiert wurden. Aktuell erfolgt die



[ABB.1]

[ABB.1] Themen-Vielfalt im Grenzraum Auzelg. (Foto: Witali Späth)

[ABB.2] Thematische Übersicht und Verortung der «To-dos». (Quelle: RZU)



[ABB.2]

Bearbeitung der priorisierten To-dos, bei denen die Beteiligten und der Lead variieren. Die RZU sorgt für ein Monitoring der in einzelne Arbeitsgruppen ausgelagerten To-dos.

Die «grenztypischen» Themen und die Tücken ihrer Bearbeitung

Wie die vielen im Zuge der Agenda Wachstum+ geführten Gespräche zeigen, beginnen grenzüberschreitende Herausforderungen oft schon bei scheinbar banalen, aber essentiellen Fragen wie der Bedeutung von persönlichen Kontakten für die tatsächliche Bearbeitung von Problemstellungen. Trotz online verfügbarer Organigramme sind die für bestimmte Themen tatsächlich zuständigen/relevanten Ansprechpartner*innen auf der Gegenseite oft nicht bekannt. Ausserdem fehlt es dem Austausch an Kontinuität. Hier half der Dialogprozess, dies zu erkennen und Abhilfe zu schaffen.

Weiter bringt das Arbeiten an politischen wie systemischen Grenzen, wie sie im Fokus des Dialogprozesses standen, bestimmte gleichsam «grenztypische» Themen hervor: Hohe Priorität besitzen Verkehrsprobleme, speziell jene, die sich auf den Einfallsachsen ereignen: Die vergleichsweise restriktive, auf öffentlichen Verkehr sowie Fuss- und Radverkehr ausgerichtete Verkehrspolitik der Stadt macht sich v.a. an der Grenze bemerkbar. So werden dadurch in den Umlandgemeinden zu Spitzenzeiten Staus ausgelöst oder Schleichwege durch Quartiere gesucht. Ein weiteres Thema betrifft die Konkurrenz zwischen Aussenquartierzentren der Stadt und den Zentren einiger umliegender Gemeinden. Gerade Verdichtungsprojekte am Stadtrand bringen neue Zentrumsnutzungen mit sich, welche neben verkehrlichen Folgen auch neue Nutzungskonkurrenzen bedeuten können.

Ein weiteres «grenztypisches» Thema sind Infrastrukturanlagen der Ver- und Entsorgung. Wegen ihrer räumlichen Ausmasse und/oder den von ihnen ausgehenden Emissionen sind diese häufig am Rand von Gemeinden errichtet worden und prägen daher den Grenzraum. Auch Sportanlagen und Familiengärten sind aufgrund ihres Flächenbedarfs und der geringen Bodenwertschöpfung typische «Randnutzungen», die durch neuen Entwicklungsdruck in Frage gestellt werden. Koooperative Nutzungsmodelle und Clusterbildungen können Effizienzsteigerungen bewirken, wie dies beim andiskutierten «Sportsstrip» zwischen Zürich und Schlieren oder mit der Eröffnung des Sportzentrums Heerenschürli an der Grenze zu Dübendorf beabsichtigt wird.

Grün-, Erholungs- und Freizeiträume nehmen im Grenzgebiet grundsätzlich ein überdurchschnittliches Gewicht ein. Natürlich geprägte Räume wie Wälder und Hügelketten stellen Siedlungsränder und grosszügige Zäsuren zwischen Nachbargemeinden dar. Hier besteht der interkommunale Koordinationsbedarf v.a. zwischen Naturschutz- und Erholungsanliegen, welcher sich z.B. in Schutzverordnungen (SVO) wie am Üetliberg oder für die Katzenseen zwischen Zürich und Regensdorf äussert. Wegeverbindungen machen ebenso nicht an der Grenze halt und müssen miteinander abgestimmt werden, wie dies z.B. im Projekt «Fil bleu» in überzeugender Art und

Weise passiert. Als klarer Unterbruch zeigt sich die Stadtgrenze hingegen im Uferbereich des Zürichsees, da dort grundsätzlich verschiedene Umgänge (durchgehend öffentliche Ufer vs. punktuelle Uferanlagen/-parks) praktisch unvermittelt aufeinandertreffen.

All diesen Themen ist gemein, dass sie aufgrund ihrer Lage einem mehr oder weniger grossen Aufmerksamkeitsdefizit unterliegen. Die Agenda Wachstum+ forcierte diesbezüglich einen Perspektivwechsel. Das Monozentralitätsdenken weicht der Einsicht polynuklearer Beziehungen im Funktionalraum. Grenzräume erhalten dadurch eine neue Bedeutung: Der aus der Gemeindeperspektive üblicherweise als Peripherie wahrgenommene und entsprechend behandelte Raum rückt im Dialogprozess für beide Beteiligten in die Mitte der Betrachtung. Damit wurde aber auch deutlich, wie hoch die Abstimmungsbedarfe zwischen sonst eher distanzierten Fachbereichen sind, da einige Themen auf den Schirm kommen, welche nicht unbedingt in die Zuständigkeit von Planungsabteilungen fallen.

Differenzen sind für Funktionalräume konstitutiv. An dieser Stelle setzt der Dialogprozess an. Die Chancen, mit diesen Differenzen einen produktiven Umgang zu finden, liegen dort, wo es über sorgfältig konzipierte Austausche bottom up und schrittweise gelingt, grenzüberschreitende Fragestellungen gemeinsam erst zu erkennen und über die Bearbeitung zu konkretisieren. In solchen Settings können sogar Differenzen zur Ressource für gemeinsame Lösungen werden. So können in diesem Fall das fachliche Know-How und Erfahrungswissen der Stadt Zürich eine enorme Chance für die Weiterentwicklung des Funktionalraums bilden. In Belangen wie Verdichtung, Transformation, Durchmischung oder Mobilität kann der Transfer dieser Kompetenzen viel helfen. Umgekehrt entstehen so auch Gelegenheiten, die lokalen Erfahrungen und das vorhandene Prozesswissen der umliegenden Städte und Gemeinden zu nutzen. Es ist das im Zuge des Austausches wachsende gegenseitige Vertrauen, das diese Zusammenarbeit erst möglich macht.

Inserat

Stadt Dietikon

Die Stadt Dietikon mit rund 27'000 Einwohnerinnen und Einwohnern befindet sich in einer dynamischen Phase, welche durch grössere Entwicklungsgebiete sowie den Bau der Limmattalbahn ausgelöst wurde.

Wir suchen zur Verstärkung unseres Teams im Stadtplanungsamt per sofort oder nach Vereinbarung eine/n

Verkehrs- und Infrastrukturplaner/in

Ihre Aufgaben

Entwicklung und Leitung von Projekten in den Bereichen Verkehrs- und Infrastrukturplanung
Koordination und Beaufsichtigung von Bauprojekten in der Ausführungsphase
Vertretung der städtischen Interessen gegenüber Dritten
Vorbereiten und Durchführen von Mitwirkungsverfahren und Bürgerbeteiligungen
Mitarbeit bei generellen Aufgaben des Stadtplanungsamtes wie Beschlüssen, Verfügungen, Stellungnahmen und politischen Vorstössen

Ihr Profil

Hochschulausbildung im Fachgebiet Ingenieurwesen/Planung oder gleichwertige Ausbildung mit entsprechender Berufserfahrung in den genannten Bereichen
Initiative und belastbare Persönlichkeit mit Flair für vernetztes Denken
Sprach- und Verhandlungsgeschick sowie Durchsetzungsvermögen
Strukturierte und selbstständige Arbeitsweise, hohes Verantwortungsbewusstsein
Gute PC-Anwenderkenntnisse, Kenntnisse von CAD-Programmen von Vorteil
Organisatorische und administrative Fähigkeiten
Mehrjährige Berufserfahrung in den genannten Bereichen erwünscht

Wir bieten

Einarbeitung durch die Amtsleitung
Interessantes und vielseitiges Arbeitsgebiet
Möglichkeit zur selbstständigen Arbeit
Einen modernen Arbeitsplatz im Zentrum von Dietikon
Gutes Arbeitsklima in einem kompetenten Team
Weiterbildungsmöglichkeiten

Bewerbung und Auskunft

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung, die Sie bitte mit Foto, Lebenslauf und Zeugniskopien an das Personalamt der Stadt Dietikon, Bremgartnerstrasse 22, 8953 Dietikon, richten.

Severin Lüthy, Leiter Stadtplanungsamt, Tel. 044 744 36 66, steht Ihnen für weitere Auskünfte gerne zur Verfügung. Mehr über die Stadt Dietikon erfahren Sie unter www.dietikon.ch.